

3 Genehmigung der Niederschrift vom 01.11.2023

Die Niederschrift vom 01.11.2023 wird **genehmigt** (38:00:02).

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert über folgende Angelegenheiten im Berichtszeitraum von 1. November 2023 bis zum 12. Dezember 2023:

- Inbetriebnahme von Online-Diensten für Schwimmkursanmeldungen und für die Ausländerbehörde.
- Neuwahlen im Bereich der Kindertageseinrichtungen für die Stadt Elternvertretung. Am 15.11.2023 erfolgte die konstituierende Sitzung. Den Vorsitz der Stadt Elternvertretung hat Frau Sabine Hoffmann inne, der Vertreter bei der Landeselternvertretung ist Herr Florian Eisfeld und der Vertreter beim Jugendhilfeausschuss ist Herr Roman Ziegler.
- Sanierung der Horteinrichtung „Waldwichtel“ am Standort Fliederweg 10 in 06862 Dessau-Roßlau. Die Fertigstellung der Baumaßnahme des Gebäudes sowie Teile des Außengeländes erfolgte im November 2023. Der Abschluss der Baumaßnahmen des Außengeländes steht noch aus und ist für das Frühjahr 2024 avisiert.
- Einbürgerungen: Seit der letzten Berichterstattung wurden weitere 21 Personen eingebürgert. Dabei handelt es sich um 5 Frauen, 9 Männer und 7 Kinder. Die Eingebürgerten stammen aus Syrien und dem Iran.
- Wettbewerbsstart für den „Gründerpreis der Stadt Dessau-Roßlau 2025“.
- Am 24. November 2023 fand im Anhaltischen Berufsschulzentrum „Hugo Junkers“ das Turbo-Breakfest statt. Es kam zum Austausch zwischen Unternehmen und der Schule bzw. den sonstigen Anwesenden. Alle haben einen guten Einblick in die Arbeit des Berufsschulzentrums und das Ausbildungsangebot bekommen und konnten sich entsprechend austauschen.
- Grundsteinlegung Jahn-Carré für das neue Wohnquartier der Wohnungsgenossenschaft mit 90 Wohnungen am 07. November 2023.
- Eröffnung des Skaterparks am 13. November 2023.
- Freigabe der Streetzer Brücke am 30. November 2023.
- Empfang anlässlich 100 Jahre Handball im Rathaus Dessau am 08.12.2023.

- Am 15.12.2023 wird um 18:00 Uhr die Ausstellung Messolonghi „Freiheit-Faces of Freedom“ in der Orangerie eröffnet.
- Am 22.12.2023 wird im Rahmen einer Pressekonferenz die Anhaltische Gemäldegalerie wieder eröffnet. Ab dem 25.12.2023 können auch die Bürgerinnen und Bürger die Ausstellung im Georgium besuchen.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt bekannt, dass in der Sitzung des Stadtrates am 01.11.2023 keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst wurden.

4.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

4.3.1 Eilentscheidung des Oberbürgermeisters nach § 65 Abs. 4 KVG LSA über die Bewilligung von außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 105 Abs. 1 KVG LSA Vorlage: BV/326/2023/III-65

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck legt dar, dass im Berichtszeitraum eine Eilentscheidung im Hinblick auf die Wiedereröffnung der Anhaltischen Gemäldegalerie getroffen wurde. Es ging um eine außerplanmäßige Aufwendung in Höhe von 176.800 Euro, die freizugeben war, um das Einbringen der Bilder noch rechtzeitig in diesem Jahr ermöglichen zu können.

Die Eilentscheidung des Oberbürgermeisters wird zur Kenntnis genommen.

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:30 Uhr

Herr Jakob-Uwe Weber, Ortsbürgermeister von Mosigkau, fragt, wie die Stadtverwaltung zu der Überlegung steht, dass im Rahmen der geplanten Reform der Bundestagswahlkreise der Wahlkreis Anhalt abgeschafft werden soll. Im Land Anhalt wurde die erste bürgerliche Verfassung geschrieben. Die Stadt sollte die Streichung des Namens Anhalt aus der Bundestagsliste von Wahlkreisen nicht unwidersprochen hinnehmen und überlegen und eine Resolution verfassen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erläutert, dass es sich um den Wahlkreis 71 handelt, der den Landkreis Anhalt-Bitterfeld sowie den Salzlandkreis umfasst. Insofern hat die Stadtverwaltung bisher keine Erwägungen in Betracht gezogen, an dieser Stelle zu intervenieren, da der Wahlkreis, der die Stadt Dessau-Roßlau mit umfasst, unberührt bleibt.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 ZUKUNFTSREISE-Aktionsprogramm: Aktivitäten- und Umsetzungsübersicht zum September 2023 Vorlage: IV/045/2023/I-61

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.2 Siebzehnter Beteiligungsbericht der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: IV/053/2023/II-20BTM

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, informiert über den aktuellen Sachstand zur Bejagung des Schwarzwildes. In den Hotspotgebieten: Beckerbruch - Georgenallee, B184 - Ortsausfahrt Dessau-Roßlau, Gewerbegebiet Mitte – Argenteuiler Straße sowie Hermann-Köhl-Straße – Brauereistraße ist es gelungen, Einzeltiere aus den Rotten zu schießen. Diese Vorgehensweise soll nun bis zum Ende des Frühjahres in der Nacht kontinuierlich erfolgen.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, bedankt sich bei Frau Beigeordnete Hachmann für eine vollumfänglich erfolgte schriftliche Antwort und stellt die Fragen, warum ukrainische Schulkinder ohne einen Aufnahmetest eingeschult bzw. integriert werden, warum diese Tests aufgehoben wurden und wie hoch die Abbruchquote nach einem Jahr ist? Das stellt eine Ungleichbehandlung gegenüber den Kindern mit einem anderen Migrationshintergrund dar.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, erläutert, dass gemäß einer Landesentscheidung die ukrainischen Schulkinder zusätzlich, oder als Ersatz im Onlineunterricht an ukrainischen Schulen, beschult werden. Dagegen kann die Stadtverwaltung nicht intervenieren. Weiterhin informiert sie, dass das Philanthropinum den ukrainischen Schulkindern zusätzlichen Sprachunterricht anbietet. Diesen Mehraufwand kann nicht jede Schule leisten. Deutschland hat die Schulpflicht sozusagen ausgesetzt, indem sie die ukrainischen Schulabschlüsse anerkannt hat. Frau Beigeordnete Hachmann sichert eine schriftliche Antwort zu.

Weiterhin möchte **Herr Stadtrat Mrosek** erfahren, ob die Umsiedlung des Stadttjägers bereits stattgefunden hat.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, bestätigt, dass eine Zuordnung zum Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung erfolgen wird. Derzeit müssen noch einige technische Fragen, wie Arbeitsplatz, Waffen-

schrank, Dienstfahrzeug etc. sowie die Stellenbeschreibung, geklärt werden. Die Umsetzung wird zeitnah im nächsten Jahr erfolgen.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, bedankt sich bei den Stadtwerken sowie beim Städtischen Klinikum für die Unterstützung bei der Weihnachtsfeier für sozialbenachteiligte Kinder. Im nächsten Jahr sollte diese Veranstaltung gemeinsam mit der Stadtverwaltung organisiert werden.

Er findet die Kranzniederlegung der Fraktion AfD bei der Gedenkveranstaltung am 09.11.2023 verächtlich, erklärt **Herr Kaßner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste**. Bedauerlich ist, dass der Oberbürgermeister sowie viele andere Stadträte sich dazu nicht geäußert haben. Er bittet den Oberbürgermeister, sich diesbezüglich nicht neutral zu zeigen, sondern sich gegen eine vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextreme Partei zu positionieren.

Herr Ratzmann, Fraktion AfD, erläutert, dass einige Kameraden der Berufsfeuerwehr mit der amtsangemessenen Alimentation bzw. der aktuellen Einstufung nicht einverstanden und in den Widerspruch gegangen sind. Er möchte wissen, wie viele Kameraden das betrifft und wie der aktuelle Sachstand ist.

Herr Horváth, Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bedankt sich bei der Stadtverwaltung für die Organisation des Festaktes zum Thema „100 Jahre Handball“. Es war ein hervorragendes Zusammenspiel von Kultur und Sport. Die Teilnehmer der Veranstaltung waren begeistert. Weiterhin thematisiert er die Entwicklung des Begriffs „Anhalt“ und wünscht, dass eine Initiative in der Bürgerschaft gegründet wird, die diese Thematik anpackt.

Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, informiert, dass seit einigen Wochen die Stadtbibliothek in Dessau verkürzte Öffnungszeiten hat und die Ludwig-Lidmann-Bibliothek in Roßlau sogar komplett geschlossen ist. Sie fragt, wie sich die aktuelle Personalsituation gestaltet, was für die Zukunft angedacht ist und wie der aktuelle Sachstand zur Stellenausschreibung der Leitung der Bibliothek in Roßlau ist. Sie dankt der Katholischen Kirche in Roßlau für die unkomplizierte zur Verfügungstellung der Räumlichkeiten des Gemeindehauses für die gestrige Vorlesestunde mit dem „Wassermann“.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt bekannt, dass das Amt für Kultur bereits beauftragt wurde, die Öffnung der Bibliothek in Roßlau zu veranlassen. Die Beantwortung der weiteren Fragen wird schriftlich erfolgen.

Herr Geiger, fraktionslos, berichtet, dass beim letzten Wintereinbruch der Bereich Waldesruh, rund um die Einrichtung der Lebenshilfe, nicht geräumt wurde. Er stellt die Frage, ob dieser Bereich im Räumungsplan enthalten ist. Wenn ja, warum ist dort

nichts gemacht worden und wie kann das zukünftig geregelt werden. Zu bedenken ist, dass dort Menschen mit Behinderungen teilweise zu Fuß und mit den öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind.

Frau Bürgermeisterin Lohde sichert eine schriftliche Antwort zu.

Damit eine gute Ratsarbeit möglich ist, bittet **Herr Fricke, Fraktion SPD**, darum, in Zukunft anstehende Präsentationen den Stadträten vorab zur Verfügung zu stellen. Er informiert weiterhin, dass vor kurzem ein weiterer Landesverband der AfD vom zuständigen Amt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft worden ist. Erschreckend ist, dass die vom Verfassungsschutz begründeten Aussagen und Wortwahlen der Partei teilweise auch im Dessauer Amtsblatt auf den Fraktionsseiten zu finden sind.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, bestätigt die Einstufung der AfD durch den Verfassungsschutz, aber findet die Neutralität des Amtes für Verfassungsschutz bedenklich. Weiterhin kritisiert er die Aussagen von Herrn Stadtrat Kaßner sowie die Bemerkungen gegenüber einigen Mitgliedern der Fraktion AfD.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, erläutert, dass das Amt für Verfassungsschutz auf einer Rechtsgrundlage agiert und danach Entscheidungen getroffen werden. Weiterhin informiert er, dass das Projekt „One-Community“ als einziges Projekt aus Sachsen-Anhalt bei dem Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ von der Bundeszentrale für politische Bildung ausgezeichnet wurde. Er bedankt sich bei der Stadtverwaltung für die tolle Arbeit.

Herr Kellner, Fraktion CDU, gibt die Kurzfristigkeit sowie die Terminsetzung der vorangegangenen Arbeitssitzung zu bedenken. Des Weiteren wünscht er sich einen sachlicheren Umgang miteinander.

7 Beschlussfassungen

7.1 Haushaltskonsolidierungskonzept 2024 und Folgejahre

Vorlage: BV/282/2023/II-20

Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, stellt die Anpassungen zum städtischen Haushalt anhand einer Power-Point-Präsentation dar. Diese ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, gibt bekannt, dass sie in den letzten Monaten den Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung geleitet hat. Sie berichtet, dass im Fachausschuss 59 Anträge aus den Ausschüssen bearbeitet wurden. Das betrifft die Bereiche Ordnung und Sicherheit, Jugendhilfe, Soziales und den Kulturbereich. Obwohl diese zusätzlichen Ausgaben aufgenommen wurden, ist der Fehlbedarf von 32 Mio. Euro zurückgegangen auf 29,5 Mio. Euro. D. h. er hat sich

um 2,5 Mio. Euro verbessern können. Sie spricht den Mitgliedern der Fachausschüsse für die konstruktive Mitarbeit ihren Dank aus. Bei den Investitionen sind 76,5 Mio. Euro für das Jahr 2024 vorgesehen. Allerdings sind im Jahr 2023 nur 33 Mio. Euro abgeflossen. Es ist notwendig, mit Beginn des Jahres 2024 Prioritäten zu setzen, welche Investitionen zuerst umgesetzt werden sollen, denn eine derart geringe Abarbeitung kann nicht länger hingenommen werden.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, bezieht sich auf den Investitionsstau und legt dar, diesbezüglich den Stellenabbau nicht nachvollziehen zu können. Die Verschuldung pro Kopf liegt bei 25,84 €. Somit werden 2.360 Euro pro Person erreicht. Das ist eine Steigerung um das 91-fache, was nicht mitgetragen werden kann.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, führt aus dem Ausschuss für Kultur und Sport aus, dass dieser sich zu fünf Schwerpunkten artikuliert und den Haushalt nachjustiert hat. Das betrifft die Eröffnung der Anhaltischen Gemäldegalerie, die Wissenschaftliche Bibliothek, die Weiterarbeit am „Stadtgespräch Stadtbrunnen“ mit der Realisierung einer Figur, das Chor-Fest des Landesverbandes und den Tierpark.

Die Fraktion Die Linke hat trotz der angespannten Situation 27 Anträge eingebracht. Davon sind 15 in den Plan aufgenommen worden, 7 Anträge befinden sich in der Prüfung und 5 wurden abgelehnt. Wichtig ist der wirtschaftliche Bereich mit dem Trains-Projekt, die Verkehrsentwicklungsplanung und das Stadtentwicklungskonzept (STEK) – Stadtteil Roßlau. Für den Sozialbereich ist die Abdeckung der Stellen der Sozialarbeiter, Schülerverkehr, Floorball und die Volleys wichtig.

Aufgrund der abgelaufenen Redezeit unterbricht der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, den Redebeitrag und erteilt Herrn Fricke das Wort.

Herr Fricke, Fraktion SPD, bemerkt, dass die von Herrn Schönemann vorgetragenen Zahlen eine einseitige Wunschliste ist. Die meisten Fraktionen haben sich vernünftiger Weise bei der angespannten Finanzlage zurückgehalten. Bezüglich der Haushaltskonsolidierung muss im Jahr 2024 vor allem über die großen Projekte, wie bspw. über die BUGA, gesprochen werden. Auf die von Herrn Mrosek angesprochene Pro-Kopf-Verschuldung eingehend, legt er dar, dass sinnvoll in viele Dinge, die gut für die Bürger sind, investiert wird. Es stellt sich die Frage, was den Kindern hinterlassen werden soll: Eine schwarze Null im Haushalt, eine Schrottinfrastuktur, Schulden, aber eine möglichst intakte Welt? Die erste Variante ist teurer, betrifft nicht nur den Klimaschutz, sondern auch Brücken und Straßen, die in 10 Jahren mehr kosten und die Nachfolgenden belasten. Eine Steigerung ist an der Stelle sinnvoll. Dass diese so hoch ausfällt, liegt nur daran, dass in den vergangenen 10 Jahren der Niedrigzinsphase viel zu wenig investiert wurde.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, geht auf den Komplex Umwelt und die Schwerpunkte Wärmekonzept, Konzept zum Umgang mit Naturgewässern, Regen- und Grundwasser und den zeitgemäßen Unterhalt von Straßen- und Radwegen ein. Die bundes- und landespolitischen Entwicklungen ziehen eine erhebliche Ver-

schlechterung der Lebenshaltungskosten nach sich, was nicht nachvollziehbar ist. Wenn Dinge sich so entwickeln, dass sie nicht mehr hinnehmbar sind, bedarf es einer konstruktiven Gegenwehr. Aus diesem Grund wird das Konsolidierungskonzept der Stadt abgelehnt.

Herr Adamek, Fraktion CDU, verweist ebenfalls darauf, dass die meisten Fraktionen sich beim Haushalt zurückgehalten haben, was diszipliniert war und ein deutliches Signal, um die städtischen Eigenbetriebe zu stärken und die kommunale Familie zu erhalten, was oberstes Ziel in den kommenden Jahren sein muss. Dadurch wird auch die Wirtschaftskraft in der Stadt gestärkt. Sparversuche im sozialen Bereich und im Bereich des Katastrophenschutzes sind zum Glück kläglich gescheitert. Ein Teil der von der Fraktion Die Linke eingereichten 27 Anträge stehen bereits im Haushalt. Es war nichts Neues oder Spannendes dabei. Diese Wunschlisten zu präsentieren und anschließend zu sagen, dass der Konsolidierung nicht zugestimmt wird, ist seiner Meinung nach ein soziales Fehlverhalten. Schulden sind nicht zu hinterlassen.

Auch wenn an einzelnen Stellen ein weiterer Gestaltungsbedarf besteht, stimmt die **Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, dem Haushalt zu, legt **Herr Fackiner** dar. In den nächsten vier Jahren sollen für Schulen, Straßen und Wege jeweils 60 Mio. Euro und für Kindergärten und Spielplätze 20 Mio. Euro ausgegeben werden. Auch wenn vielleicht nicht alle Maßnahmen umgesetzt werden können, ist es der Haushalt wert, beschlossen zu werden. Wenn die Durchführung der BUGA als Problem gesehen wird, sollte sie nicht gemacht werden. Die Frage ist, ob ein Ansatz gefunden wird, wie aus der Investition ein Nutzen gezogen werden kann, um danach eine bessere Haushaltslage, eine bessere Bevölkerungsentwicklung und eine attraktivere Stadt zu haben. Das ist das Ziel und eine Chance für die Stadt. Er hat dem Kulturhaushalt im Ausschuss nicht zugestimmt. Der Ausschussvorsitzende hat die kleinen Dinge, aber nicht die großen Probleme, angesprochen. Investitionen können priorisiert werden. Es ist ein Haushalt, der in den laufenden Kosten tragbar ist, zu schaffen. Diesbezüglich bestehen starke Defizite. Es ist das eingetreten, was im Jahr 2013 die Moderatoren des damaligen Kulturentwicklungsprozesses ins Stammbuch geschrieben haben, nämlich in die Breite zu entwickeln, ohne die Tragfähigkeit zu betrachten, ohne den Mut, Einschnitte aufzubringen. Vor dieser Aufgabe steht die Stadt in den nächsten Jahren. Die Gemäldegalerie ist strukturell unterfinanziert, das Museumskonzept ist im 4-Jahres-Haushalt in der Umsetzung nicht abgebildet, es wurde über Probleme bei der Bibliothek geredet, bei der Musikschule besteht Gestaltungsbedarf, ein Tierparkkonzept wurde beschlossen, was 20 Mio. Euro über 10 Jahre mit 2 Mio. Euro Einsatz im Jahr, vorsieht. Davon ist man weit entfernt. Mit diesen Projektionen werden Erwartungen geweckt. Wenn diese nicht untersetzt werden können, kommt Unzufriedenheit auf. Das größte Problem ist die Finanzierung des Anhaltischen Theaters. Die beschlossene Vollbeschäftigung beim Anhaltischen Theater findet sich im Finanzspielraum nicht wieder. Das sind Problemstellungen, die angegangen werden müssen.

Beschluss:

Das Haushaltskonsolidierungskonzept 2024 und Folgejahre einschließlich Änderung (Anlage 7) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 29:10:01

**7.2 Haushaltssatzung 2024, Haushaltsplan 2024, Stellenplan 2024
Vorlage: BV/281/2023/II-20**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2024 (und damit den Ergebnisplan 2024, den Finanzplan 2024, die Teilpläne 2024 und den Stellenplan 2024) einschließlich der in den Haushaltsberatungen abgestimmten Änderungen (siehe ab Anlage 6).

Abstimmungsergebnis: 37:03:00

**7.3 Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum
Dessau
Vorlage: BV/312/2023/II-SKD**

Die Beschlussvorlage wurde seitens des Einreichers von der Tagesordnung genommen.

**7.4 Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebes Städtisches Klinikum Des-
sau – Behandlung Jahresfehlbetrag
Vorlage: BV/313/2023/I-SKD**

Die Beschlussvorlage wurde seitens des Einreichers von der Tagesordnung genommen.

**7.5 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Städtisches Kli-
nikum Dessau für das Jahr 2021
Vorlage: BV/315/2023/I-OB**

Die Beschlussvorlage wurde seitens des Einreichers von der Tagesordnung genommen.

7.6 **Wirtschaftsplan 2024 des Städtischen Klinikums Dessau** **Vorlage: BV/314/2023/II-SKD**

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2024 und die Mittelfristplanung für die Jahre 2024 bis 2027 für den Eigenbetrieb Städtisches Klinikum Dessau werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 34:01:05

7.7 **Unternehmensangelegenheiten** **Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau für das** **Geschäftsjahr 2022** **Vorlage: BV/300/2023/II-20BTM**

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck, Frau Dammann, Herr Puttkammer, Herr Ratzmann, Herr Hoffmann und Herr Hartmann erklären sich **befangen** und nehmen an der Behandlung des Tagesordnungspunktes nicht teil.

Beschluss:

Die Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau für das Geschäftsjahr 2022 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 32:00:02 (6 Stadträte sind befangen)

7.8 **Wirtschaftsplan 2024 des Eigenbetriebes Stadtpflege** **Vorlage: BV/286/2023/III-EB**

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, verweist auf die Beschlussfassung im letzten Jahr bezüglich der „Grünen Tonnen“. Es ging um die Kürzung der Anzahl der Tonnen von 24 Tonnen auf 12 Tonnen. Ein Kompromissvorschlag seitens ihrer Fraktion lautete 18 Tonnen. Das sollte jedoch erst erfolgen, wenn eine entsprechende Auswertung im November 2023 vorliegt. Bis heute liegen keine diesbezüglichen Aussagen vor. Da jetzt der Wirtschaftsplan beschlossen werden soll, bittet sie um Angaben, was mit den grünen Tonnen passieren soll.

Frau Bürgermeisterin Lohde beantragt das Rederecht für Frau Moritz.

Frau Moritz, Leiterin des Stadtpflegebetriebes, erwidert, dass das Thema Pflichtentleerungen in der Bioabfallentsorgung im Betriebsausschuss besprochen wurde. Die prognostizierten Ergebnisse sind im entsprechenden Jahr auch so eingetreten. Im nächsten Jahr werden planmäßig die Abfallgebühren neu kalkuliert. Der Gesetzgeber sieht vor, dass der Kalkulationszeitraum nur unter ganz engen und

schwerwiegenden Voraussetzungen abgekürzt werden könnte. Es stehen also im laufenden Kalkulationszeitraum keine derartigen Änderungen zur Beschlussfassung. Das wird für den Betriebsausschuss explizit vorbereitet und die Vorteile der jetzigen Regelung herausgestellt. Aktuell ist es so, dass es deutlich weniger Pflichtentleerungen gibt. Die Bürger werden also nicht zur Kasse gebeten für Entleerungen, die sie nicht vorgenommen haben.

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Wirtschaftsjahr 2024 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:03

**7.9 Wirtschaftsplan 2024 für den Eigenbetrieb Anhaltisches Theater
Dessau
Vorlage: BV/331/2023/I-ATD**

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2024 für den Eigenbetrieb Anhaltisches Theater Dessau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:03

**7.10 Bebauungsplan Nr. 230 "Freiflächenphotovoltaikanlage Die breiten
Stücke, Mühlstedt" – Durchführung der frühzeitigen Beteiligung
Vorlage: BV/283/2023/I-61**

Beschluss:

1. Die als Anlage 2 beigefügte Planungskonzeption zum Bebauungsplan Nr. 230 "Freiflächenphotovoltaikanlage Die breiten Stücke, Mühlstedt" in der Fassung vom 29.09.2023 wird gebilligt und zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit bestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss sowie die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit ortsüblich bekannt zu machen. Der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung und die auszulegenden Unterlagen sind zusätzlich auf der Internetseite der Stadt Dessau-Roßlau einzustellen und über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich zu machen.

Abstimmungsergebnis: 34:03:01

7.11 5. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Roßlau um die Ortschaft Mühlstedt – Durchführung der frühzeitigen Beteiligung Vorlage: BV/284/2023/I-61

Beschluss:

3. Der als Anlage 2 beigefügte Vorentwurf der 5. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Roßlau um die Ortschaft Mühlstedt in der Fassung vom 29.09.2023 und die dazugehörige Begründung (Anlage 3) werden gebilligt. Sie werden zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit bestimmt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss sowie die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit ortsüblich bekannt zu machen. Der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung und die auszulegenden Unterlagen sind zusätzlich auf der Internetseite der Stadt Dessau-Roßlau einzustellen und über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich zu machen.

Abstimmungsergebnis: 36:03:01

7.12 Eintrittspreise und Entgelte für die kommunalen Bäder Sportbad Dessau, Gesundheitsbad und Erlebnisbad Roßlau Vorlage: BV/019/2023/I-52

Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, verlässt zu Beginn der Behandlung des Tagesordnungspunktes die Sitzung. (39) Frau Müller und Frau Bahn-Kunze, Fraktion CDU, verlassen während der Behandlung des Tagesordnungspunktes die Sitzung. (37) Herr Stein, Fraktion AfD, erscheint während der Behandlung des Tagesordnungspunktes zur Sitzung. (38)

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, merkt an, dass durch Antrag von Herrn Kellner die Konstellation des Ehrenamtes in Richtung Freiwilliger Feuerwehr Bestandteil der Beschlussvorlage ist. Die Fraktion lehnt die Preiserhöhung aber ab, da aufgrund der politischen Entwicklung eine Teuerungskomponente besteht.

Herr Günther Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, zitiert aus der Bevölkerungsprognose: „Im Vergleich mit Dessau-Roßlau konnte Magdeburg und Halle in den letzten Jahren einen Bevölkerungswachstum verzeichnen.“ Die Ursache für die Schrumpfung der Bevölkerungszahl in Dessau-Roßlau liegt u. a. in der familienunfreundlichen Politik über Jahrzehnte. Die jungen Familien ziehen überall hin, nur nicht nach Dessau-Roßlau. Mit der Gebührenerhöhung wird diese familienunfreundliche Politik fortgesetzt, oder wie soll dem Bürger erklärt werden, dass in Magdeburg die Schwimmhallenstunde 2,50 Euro kostet und dass diese in Dessau-Roßlau auf 4,00 Euro steigen soll. Er bitte die Stadträtinnen und Stadträte darum, eine familien-

freundlichere Politik in die Tat umzusetzen und gegen die Gebührenerhöhung zu stimmen.

Herr Adamek, Fraktion CDU, begrüßt, dass die Wertschätzung des Ehrenamtes in Bezug auf die Freiwillige Feuerwehr angenommen wurde. Die Fraktion wird der Vorlage zustimmen. Schwierig findet er jedoch, dass die Begründungen auf den Seiten 3 und 4 widersprüchlich sind.

Herr Hans-Peter Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, pflichtet den Ausführungen des Stadtrates Günther Dreibrodt bei, gibt aber noch andere Aspekte zu bedenken. Die Eintrittspreise decken für das Theater, die Museen, für Sportplätze, Schwimmhallen und Freibäder nur einen kleinen Teil der Kosten ab, die mit der Zurverfügungstellung, dem Betrieb und dem Erhalt dieser Einrichtungen verbunden sind. An der Schraube Eintrittspreise kräftig zu drehen, macht also wenig Sinn, wenn es um die Deckung der Betriebskosten dieser kulturellen und sportlichen Stätten geht. Diese politische Entscheidung wäre das falsche Signal an die Bürger in Zeiten, wo die Inflation das tägliche Leben für die meisten immer beschwerlicher macht. Er verweist darauf, dass diese Beschlussvorlage vor fast einem Jahr kriecht und in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters im Februar 2023 beschlossen wurde. Durch den Widerstand der Stadträte und ihrem Wunsch zum freien Eintritt für die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr, steht heute die Beschlussvorlage zum dritten Mal auf der Tagesordnung des Stadtrates. Die Begründung der Stadtverwaltung in der Beschlussvorlage, welche auf gestiegene Energiepreise verweist und behauptet, dass auch zukünftig weitere große Preisanstiege zu erwarten sind, hat sich in dem zurückliegenden Jahr nicht verändert. Die Energiepreise schon. Jeder konnte feststellen, dass es im letzten Jahr einen deutlichen Rückgang der Energiepreise gegeben hat. Es ist bekannt, dass zahlreiche Stadträte die Erhöhung der Eintrittspreise für die städtischen Bäder ablehnen, aber auch, dass die meisten den freien Eintritt für die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr befürworten.

Er stellt folgenden **Änderungsantrag**:

„In der Beschlussvorlage ist der erste Abschnitt des Punktes 1, der lautet:

Die vorgeschlagenen Eintrittspreise und Entgelte sowie Ermäßigungsregelungen für das Sportbad Dessau, das Gesundheitsbad und das Erlebnisbad Roßlau werden laut Anlage 2 beschlossen

ersatzlos zu streichen.“

Alles andere soll erhalten bleiben.

Diese Beschlussvorlage wird als „Mogelpackung“ gesehen, führt **Herr Mrosek, Fraktion AfD**, aus. Auf der einen Seite soll das Ehrenamt unterstützt werden, wofür die Fraktion auch ist, aber es wird an eine Preiserhöhung gekoppelt.

Aus diesem Grund werden sie der Vorlage nicht zustimmen. Dem von Herrn Hans-Peter Dreibrodt eingebrachten Änderungsantrag stimmen sie zu.

Es ist richtig, dass es zwei Unterpunkte in der Beschlussvorlage gibt, die nicht zwingend etwas miteinander zu tun haben, merkt **Herr Fricke, Fraktion SPD**, an. Wenn die Erhöhung der Eintrittspreise und die Begünstigung für die Freiwillige Feuerwehr getrennt abgestimmt werden soll, hat er persönlich keine Einwendungen. Bezüglich der Erhöhung legt er dar, dass es nicht nur um die Energiepreise geht, da auch andere Preise gestiegen sind, insbesondere die Personalkosten. Richtig ist, dass sich die Energiepreise nicht so entwickelt haben, wie es vor einem Jahr zu befürchten war. Es gibt auch Leute, die sich die Erhöhung leisten können. Das Bürgergeld soll aufgrund der Inflation erhöht werden und müsste auch für solche Dinge ausgegeben werden. Er verweist auf den Anpassungsbedarf des Sozialpasses. Diesbezüglich kann bspw. auch über die erhöhten Eintrittspreise für die Bäder nachgedacht werden. Er spricht sich für die Erhöhung der Eintrittspreise aus, jedoch wird die Fraktion nicht einheitlich darüber abstimmen.

Der von Herrn Hans-Peter Dreibrodt eingereichte **Änderungsantrag** wird zur Abstimmung gebracht und mehrheitlich **abgelehnt** (12:25:01).

Herr Hans-Peter Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, stellt den **Geschäftsordnungsantrag** zur Durchführung einer **namentlichen Abstimmung**.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Beschluss:

1. Die vorgeschlagenen Eintrittspreise und Entgelte sowie Ermäßigungsregelungen für das Sportbad Dessau, das Gesundheitsbad und das Erlebnisbad Roßlau werden gemäß Anlage 2 beschlossen.
Die Änderungen sollen für das Sportbad Dessau und das Gesundheitsbad nach Beschlussfassung sowie für das Erlebnisbad Roßlau mit Beginn der Badesaison im Mai 2024 in Kraft treten.
2. In begründeten Ausnahmefällen und für gemeinnützige Zwecke kann die Leitung des Referates Sportförderung nach pflichtgemäßem Ermessen Einzelfallentscheidungen über die Erhebung, die Ermäßigung oder den Verzicht von Entgelten treffen.
3. Die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren können die städtischen Bäder kostenfrei nutzen. (Antrag der Fraktion der CDU)

Abstimmungsergebnis: 22:15:01 (namentliche Abstimmung)

Es wird eine 10-minütige Pause eingelegt.

**7.13 2. Novellierung Gesamtmaßnahmebeschluss
Neubau einer 2-Feld-Sporthalle in der Damaschkestraße
Vorlage: BV/254/2023/III-65**

Nach Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch **Frau Bürgermeisterin Lohde** wird diese zur Abstimmung gebracht.

Beschluss:

1. Der Gesamtausgabebedarf für den Neubau der 2-Feld-Sporthalle wird von 7,682 Mio. € (brutto) um rund 4,518 Mio. € auf 12,200 Mio. € (brutto) erhöht.
2. Der Gesamtausgabebedarf für die Ausstattung des Neubaus wird von 202,42 T€ um rund 100,08 T€ auf 302,5 T€ erhöht.

Abstimmungsergebnis: 36:00:01

**7.14 Interessenbekundungsverfahren und anschließende Fortführung des
Handyparkens in der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/274/2023/III-66**

Beschluss:

1. Die Möglichkeit des Handyparkens im Stadtgebiet Dessau-Roßlau wird durch ein Mehrbetreibermodell (Plattform) fortgeführt.
2. Es wird ein Interessensbekundungsverfahren zur Gewährleistung der Transparenz und der Erkundung des Marktes durchgeführt.
3. Diese Umsetzung des Handyparkens im Stadtgebiet Dessau-Roßlau erfolgt auf fünf Jahre.
4. Alle anfallenden Gebühren werden durch die Nutzerin/den Nutzer getragen.
5. Die Beschilderung der Automaten erfolgt durch den Plattformanbieter mit Hilfe der Stadt Dessau-Roßlau.

Abstimmungsergebnis: 37:01:00

- 7.15 Friederikenplatz Süd: Umgestaltung Spielplatz Friederikenplatz Arbeitsrichtungsbeschluss (Gesamtkonzept) und Maßnahmenbeschluss 1. BA**
Vorlage: BV/251/2023/III-67

Beschluss:

1. Das Gesamtgestaltungskonzept für die Umgestaltung des Friederikenplatzes Süd wird als Arbeitsrichtung bestätigt.
2. Die Maßnahme: Realisierung des ersten Bauabschnittes „Umgestaltung des Spielplatzes Friederikenplatz Teil 1“ mit einem voraussichtlichen Wertumfang von 433.700 EUR wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

- 7.16 4. Änderung der Satzung über die Festlegung der Schulbezirke und Schuleinzugsbereiche für die allgemeinbildenden Schulen in Trägerschaft der Stadt Dessau-Roßlau**
Vorlage: BV/279/2023/IV-40

Beschluss:

Die 4. Änderung der Satzung der Stadt Dessau-Roßlau über die Festlegung der Schulbezirke und Schuleinzugsbereiche für die allgemeinbildenden Schulen in Trägerschaft der Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 34:00:04

- 7.17 Einführung von Schuleinzugsbereichen für die Gymnasien „Philanthropinum“ und „Walter Gropius“**
Vorlage: FV/023/2023/Linke

Nachdem **Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, auf das Vorliegen einer Petition gegen die Einführung von Schuleinzugsbereichen an Gymnasien in Dessau-Roßlau verwiesen hat, bemerkt **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, dass sich in der Haupt- und Personalausschusssitzung alle Fraktionen zu diesem Thema bekannt hatten. Es gab viele Einwände von Eltern, die die individuellen Entscheidungsprozesse ihrer Kinder zur Wahl der Schule als eingeschränkt sehen. Wenn es um Eignung und Neigung im speziellen Fall geht, heißt das nicht, dass das Einzugsgebiet das einzige Kriterium sein muss. Es muss auch möglich sein, bei entsprechenden Talenten und bestimmten anderen Voraussetzungen, über eine Beantragung entscheiden zu können, Kinder an Schulen zuzulassen, wo es eine Unterstützung zu dieser Vorgehensweise gibt. Beide Standorte sind in gleicher Qualität zu erhalten.

Es geht darum, die Festlegung von Einzugsbereichen zu nutzen, um den Erhalt der zwei städtischen Gymnasien „Philanthropinum“ und „Walter-Gropius“ zu wahren, legt

Herr Hans-Peter Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, dar. Auf den öffentlich verbreiteten offenen Brief des Stadtelternrates Dessau-Roßlau eingehend merkt er an, dass kein bisheriger offener Brief so brüskierend und unsachlich war. So wird den Stadträten Ignoranz vorgeworfen, ein unsäglicher Vorgang mit der Schulentwicklungsplanung attestiert und behauptet, dass Beschlüsse durchgewinkt werden, ohne dass sich der Stadtrat ernsthaft damit befasst hat. Es stellt sich die Frage, woher der Stadtelternrat diese Gewissheit nimmt. Er hat sich sehr wohl mit den Schülerzahlen, der unterschiedlichen Profilierung und den Möglichkeiten der Zusammenlegung oder der Einführung von Einzugsbereichen auseinandergesetzt. Das unterstellt er auch den meisten anderen Stadträten. Leider erschöpft sich der Brief des Stadtelternrates in bloßer Kritik, ohne dass auch nur ein einziger konkreter Lösungsansatz benannt wird. Viel schlimmer ist die Tatsache, dass mit schulrechtlichen Unwahrheiten argumentiert wird, die öffentlich richtiggestellt werden müssen. So wird behauptet, dass der § 34 des Schulgesetzes Sachsen-Anhalt bestimmt, dass es allein den Eltern zusteht, für ihre Kinder, die Schulart, den Schulstandort und das Schulprofil zu wählen. Das ist Unsinn, denn in Wirklichkeit räumt dieser Paragraph den Eltern lediglich ein, nach der Grundschule die Form der weiterführenden Beschulung ihrer Kinder zu bestimmen. Weil Schulbildung Ländersache ist, existiert zwar im föderalen Wirrwarr der Bundesrepublik eine wahre Vielfalt in Sachen weiterführende Beschulung, aber eines ist in allen Bundesländern gleich. Der Schulstandort und das Schulprofil werden nicht allein von den Eltern bestimmt. Auch die Anrufung des Grundgesetzes durch den Stadtelternrat, das die verfassungsrechtlichen Grundrechte der Eltern ausweist und den besonderen Schutz der Familie festschreibt, ist nichts weiter als billige Polemik, denn auch dort wird die Wahl eines Schulstandortes oder eines Schulprofils mit keiner Silbe erwähnt. Die Behauptung, dass Schuleinzugsbereiche weder ökonomisch noch ökologisch sind, weil sie angeblich für viele Schüler zu erheblich längeren Schulwegen führen, ist nicht belegt und nicht nachvollziehbar.

Alle Mitglieder der Freien Fraktion Dessau-Roßlau werden der Beschlussvorlage zustimmen und hoffen auf eine große Mehrheit für die von allen Fraktionen eingebrachte Beschlussvorlage.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, legt sein Verständnis für die Reaktion der Eltern bezüglich der abgegrenzten Schuleinzugsgebiete dar. Der Stadtrat wird durch Briefe und Online-Petitionen aufgefordert, nichts zu tun und es wird suggeriert, dass dann alles so bleibt, was jedoch nicht der Fall ist. Es wäre das Ende des Gropiusgymnasiums. Die vom Land favorisierte Variante ist, dass beide Gymnasien aufgelöst werden und eine neue Schule gebildet wird. D. h., dass es eine Schule mit zwei Schulstandorten geben soll. Im Ergebnis müssten die Schüler innerhalb der gewählten Schule nach Jahrgangsstufen aufgeteilt werden, damit die Schülerinnen und Schüler nicht zwischen den Stunden die Straßenbahnen bevölkern. Deshalb wird die Variante mit den Schuleinzugsbezirken geprüft. Die Verwaltung erarbeitet mögliche Varianten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck pflichtet den Ausführungen von Herrn Fackiner bei. In der letzten Stadtratssitzung wurde von unterschiedlichen Fraktionen der Auf-

trag erteilt, eine mögliche Variante für Schuleinzugsbereiche zu rechnen. Die Verwaltung arbeitet daran. Der nächste Schritt ist, dass Anfang des nächsten Jahres entsprechende Informationen in den Fachausschüssen erfolgen.

Dieser Arbeitsauftrag wird jetzt hoffentlich noch einmal unterstrichen, um Varianten vorliegen zu haben, die nur funktionieren, wenn ein Weg gefunden wird, der eine Unterstützung vom Land erfährt, denn die Fristen sind eigentlich verstrichen, fährt **Herr Fackiner** fort. Um den Schulstandort Gropiusschule wird gerungen, um ein zweites Profil zu erhalten. Es ist eine Schulform in Eigenständigkeit gewollt. Er ist für Gespräche mit der Lehrerschaft bereit. Der Dialog mit den Eltern muss geführt werden.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, erklärt, dass sich alle Fraktionen in den letzten Monaten ausgiebig mit dem Thema Schulen, Schulfusionen und der Schulentwicklungsplanung beschäftigt haben. Kein Mitglied des Stadtrates hat geäußert, dass nur ein städtisches Gymnasium gebraucht wird. Es gibt zwei sehr gute städtische Gymnasien, die beide erhalten werden sollen. Daran arbeitet die Verwaltung. Es muss daran gedacht werden, dass die beiden Schulen, das Kollegium und die Kinder diese Nachrichten auch verfolgen können. Auf den Brief des Stadtelterrates eingehend, verweist sie darauf, dass dieser zwar rechtlich nicht korrekt ist, jedoch haben die Eltern das Recht, das kritisch zu beleuchten.

Die Ausgangssituation basiert auf der Landesregelung aus dem Jahr 2020, dass Gymnasien in den 5. Klassen mindestens 75 Anmeldungen brauchen, um bestandsfähig zu bleiben. Beide Schulen haben wunderbare Leistungen erbracht und hätten, wäre diese Regelung nicht getroffen worden, die notwendigen Schülerzahlen erbracht. Die Stadt wurde vom Land zum Handeln aufgefordert. Schuleinzugsbereiche sind ein Instrument, um die Schülerzahlen zu lenken bzw. die Bestandsfähigkeit der Schulen zu sichern. Es werden aber auch andere Maßnahmen benötigt.

Wenn Schuleinzugsbereiche vorbereitet werden, müssen diese dem Land zur Prüfung vorgelegt werden. Die Verwaltung arbeitet schon seit Monaten daran. Dem Land wurden bereits Einzugsbereiche vorgelegt, jedoch wurde dieser Vorschlag mit der Begründung abgelehnt, dass das Eingereichte nicht ausreichend ist. Deshalb wurde in diversen Gremien darum gebeten, der Verwaltung Zeit zu geben, um bis zum 17. Januar 2024 eine qualifizierte Beschlussvorlage einreichen zu können. Mindestens zwei Varianten sollen vorgestellt und in den Fraktionen besprochen werden, die dann die bevorzugte Variante der Verwaltung mitteilen. Neben den Gremien ist auch der Stadtelterrat zu beteiligen. Natürlich kämpfen die Verwaltung und die Politik für die Bestandsfähigkeit beider Gymnasien, aber die Eltern sind ein wesentlicher Teil dieses Kampfes. Die Eltern sollten ihre Kinder dort anmelden, wo sie meinen, dass es die richtige Schule ist. Die Entscheidung der Eltern trägt einen Teil dazu bei, wie sich die Schülerzahlen entwickeln. Es wird nicht so sein, dass eine Schule geschlossen wird.

Bevor Herr Puttkammer das Wort erteilt wird, führt **Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates** zur an ihn herangetragenen Frage der Befangenheit aus, dass das nur zutrifft, wenn es jemanden persönlich betrifft und nicht eine Gruppe von Personen. Da **Herr Puttkammer** nicht der einzige Lehrer an der Schule ist, sondern mehrere Lehrer dort tätig sind, ist er **nicht befangen**.

Herr Puttkammer, Fraktion CDU, bemerkt, dass es nicht um die Eingangsklassen, sondern in erster Linie um die Sekundarstufe II, was die Klassen 11 und 12 sind, geht. In einer Sonderausschusssitzung, gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss, wurde das dargestellt. Die Beschlussvorlage der Fraktion Die Linke zu den Schuleinzugsgebieten wurde abgelehnt. Der Inhalt der Beschlussvorlage ist anschließend vom Haupt- und Personalausschuss übernommen worden. In der Grafik ist ersichtlich, dass das Philanthropinum nach dieser Beschlussvorlage jetzt im Einzugsgebiet des Gropiusgymnasiums liegt. Die Mitglieder des Ausschusses wurden dringend gebeten, diese Informationen an die Fraktionen weiterzugeben, was wahrscheinlich nicht erfolgt ist.

Es werden ihm Aussagen unterstellt, die er nie getroffen hat. Zur Verdeutlichung legt er dar, dass die 75 Schüler mit Schuleinzugsbereichen geklärt werden können. Das Land will aber viel früher die vorgegebenen Zahlen erreichen. Für das Philanthropinum kann er die Zahlen nennen, da er die Genehmigung der Schulleiterin erhalten hat. Im Jahr 2023 sind 49 Abiturienten mit dem Abitur aus dem Philanthropinum entlassen worden. Eingeschult wurde dieser Jahrgang mit 109 Schülern. Es besteht also ein enormer Schwund am Philanthropinum. Es stellt sich die Frage, warum. Im Stadtrat wurden weitere Möglichkeiten beschlossen. Die Gemeinschaftsschule nimmt jährlich 75 Schüler auf, die den beiden Gymnasien fehlen. Das Liborius-Gymnasium kann als private Schule so viele Schüler aufnehmen, wie sie wollen. Es stellt sich die Frage nach dem Bereich der Sekundarschule II. Wenn die erforderlichen Schülerzahlen nicht erreicht werden, wird das Land eingreifen. Es muss eine Form gefunden werden, damit der Schulstandort erhalten bleibt. Es wird keine Existenz für beide Schulen in der jetzigen Form gesehen, da die erforderlichen Zahlen nicht erreicht werden. Es kann mit Ausnahmegenehmigungen gearbeitet werden. Das machen z. B. Schulen im Jerichower Land, die eine Anfahrt von 50 km haben. Das Land hat extra die Zahlen angehoben, weil sie Probleme haben.

Wenn beide Schulen gleich bestückt werden, was möglich wäre, besteht die Gefahr, dass beide Schulen gleichzeitig in Schwierigkeiten kommen. Er möchte den Stadtrat sehen, der im 250-jährigen Jubiläumsjahr des Philanthropinums so eine Entscheidung trifft. Er bittet darum, der Verwaltung die Zeit zu geben, Varianten vorzustellen und diese Varianten ergebnisoffen durchzurechnen. Auch die Berufsbildende Schule zieht Schüler in dieser Altersgruppe ab. Es gibt verschiedene Ausbildungen, wo die Schüler hingehen, wenn das für sie der leichtere Weg ist. Es gibt also nicht nur zwei Gymnasien, sondern auch die berufsbildende Ausbildung mit Fachhochschule und Fachgymnasium, das Liborius-Gymnasium und auch die Waldorfschule. Somit sind drei Schulen außen vor, aber die staatlichen Gymnasien sind an die Zahlen gebunden. Wenn diese gerettet werden sollen, müssen neue Schüler gefunden werden.

Herr Adamek, Fraktion Die Linke, korrigiert die Aussage von Herrn Puttkammer dahingehend, dass das Liborius-Gymnasium eine Zulassung für nur drei Klassen hat. In den Gesprächen sollte auch an die Mindestschülerzahl der Berufsschule mit ihren Abiturklassen gedacht werden, die momentan bei 40 liegt. An den Regelgymnasien sind es 75, was widersprüchlich ist. Die Beschlussvorlage wurde im Haupt- und Personalausschuss ohne Anlagen beschlossen und wird als Arbeitsauftrag gesehen.

Die Fraktion ist geschlossen für den vollumfänglichen Erhalt der gesamten Schullandschaft, was das Ziel sein sollte. Dafür müssen die Gymnasien noch besser miteinander sprechen und Zuarbeiten leisten, welche Möglichkeiten sie bspw. sehen. Es wird ein transparentes und faires Verfahren erwartet mit Kooperationen und Kompromissbereitschaften, was auch für die Landesverwaltung gilt. Auch wenn er in der Haupt- und Personalausschusssitzung zugestimmt hat, stellt er im Sinne der Zusammenarbeit und der Kooperation zwischen der Verwaltung, den Schulen, den Eltern und den Lehrern den **Antrag, die Beschlussvorlage bis zur nächsten Sitzung des Stadtrates zu vertagen**, da dann alle mehr wissen.

Herr Fricke, Fraktion SPD, spricht sich gegen den Antrag aus, da Probleme nicht gelöst werden, indem sie verschoben werden. Der Weg zu dieser Vorlage war von breiten Diskussionen begleitet. Er schließt sich den Ausführungen von Herrn Puttkammer an. Mit den Schuleinzugsbereichen wird nicht das Problem des Bestandes des Gropius-Gymnasiums gelöst. Herr Puttkammer hat zurecht auf die Zahlen der Sekundarschule II hingewiesen. Diesbezüglich müssen Gespräche mit dem Land geführt werden. Wenn Schuleinzugsbereiche festgelegt werden, muss auch über die Schülerbeförderung gesprochen werden. Es ist ein Austausch der Schulkonzepte erforderlich. Er stellt ebenfalls klar, dass die Anlage nicht mehr Bestandteil dieser Beschlussvorlage ist, da diese im Haupt- und Personalausschuss zurückgezogen wurde. Die Begründung findet zwar nicht in jedem Satz seine Zustimmung, aber das Ziel ist wichtig, weshalb die Fraktion für diese Beschlussvorlage stimmen wird. Auf die Aussage des Oberbürgermeisters in der letzten Haupt- und Personalausschusssitzung verweisend, dass auch ein Viererabitur ein Abitur ist und einen Studiengang an der Uni finden kann, der seine Neigungen und Fähigkeit entspricht, sollte über die bisherige Herangehensweise bezüglich der Beratung der Schüler und Eltern nachgedacht werden, denn das könnte perspektivisch auch Möglichkeiten bei den Eingangszahlen in der Sekundarstufe II finden. Wichtig ist, heute der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Herr Hans-Peter Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, stimmt den Ausführungen von Herrn Fricke zu und spricht sich gegen den Antrag von Herrn Adamek aus. Frau Beigeordnete Hachmann hat darauf hingewiesen, dass die der Vorlage anhängende Skizze und Varianten überarbeitet und Anfang des Jahres beraten und beschlossen werden. Deshalb ist es wichtig, der Verwaltung den mühsam erarbeiteten Arbeitsauftrag zu erteilen.

Herr Picek, Fraktion Dessau-Roßlau, legt seinen Eindruck dar, dass alle in dieselbe Richtung wollen, aber alle gegeneinander sprechen.

Er hat vernommen, dass alle für den Bestand beider Schulstandorte sind. Der von Herrn Adamek gestellte Änderungsantrag ist nur der formale Akt, der der Stadtverwaltung den Raum geben soll, dem Stadtrat am 17.01.2024 die Lösung zu präsentieren. Sofern eine Beschlussfassung noch notwendig ist, kann diese in der Sitzung des Stadtrates am 31.01.2024 erfolgen. Der Arbeitsauftrag wurde im Haupt- und Personalausschuss klar formuliert und heute mehrfach von allen Fraktionen bekundet. Deshalb sollte der Beschluss heute nicht gefasst werden, da er der Arbeit der Stadtverwaltung im Weg steht.

Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

Da niemand mehr auf der Rednerliste steht, beendet **Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**, die Debatte und verdeutlicht noch einmal, dass über die Beschlussvorlage, ohne die Anlage, abgestimmt wird. Die Verwaltung arbeitet bereits an die Einführung von Schuleinzugsbereichen. Entsprechende Unterlagen werden am 17.01.2024 vorgelegt.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, führt aus, dass Frau Beigeordnete Hachmann bestätigt hat, dass die Schuleinzugsbereiche ein Teil des Vorschlages der Verwaltung sind. Um das zu beschließen, sollte der andere Teil auch bekannt sein, weshalb jetzt nicht der 2. Schritt vor dem 1. Schritt erfolgen sollte.

Der **Antrag auf Verschiebung der Beschlussvorlage in die nächste Sitzung des Stadtrates** wird zur Abstimmung gebracht und mehrheitlich mit 15 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen **abgelehnt**.

Die Beschlussvorlage wird (ohne Anlage) mehrheitlich beschlossen (24:08:06).

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zur Herstellung der Bestandsfähigkeit der o.g. Gymnasien Schuleinzugsbereiche bis zum Schuljahresbeginn 2024/2025 einzuführen.

Abstimmungsergebnis: 24:08:06

- 7.18 Zweite Fortschreibung zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen der Stadt Dessau-Roßlau für die Schuljahre 2022/2023 bis 2026/2027**
Vorlage: BV/278/2023/IV-40

Beschluss:

Die 2. Fortschreibung zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen der Stadt Dessau-Roßlau für die Schuljahre 2022/2023 bis 2026/2027 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:02

- 7.19 Schulentwicklungsplanung für berufsbildende Schulen der Stadt Dessau-Roßlau im Planungszeitraum 2024/2025 bis 2028/2029**
Vorlage: BV/318/2023/IV-40

Beschluss:

Der für die Stadt Dessau-Roßlau vorliegende Schulentwicklungsplan für berufsbildende Schulen für die Schuljahre 2024/2025 bis 2028/2029 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 33:00:05

- 7.20 Sicherstellung der Finanzierung der Stadt Dessau-Roßlau zur Betreuung der Kinder in der Kindertageseinrichtung „Mäuseland“ des Städtischen Klinikums Dessau**
Vorlage: BV/275/2023/IV-51

Beschluss:

1. Zur Sicherstellung der Finanzierung der Kindertageseinrichtung „Mäuseland“ des Städtischen Klinikums wird eine außerplanmäßige Aufwendung/Auszahlung i. H. v. 301.300,00 EUR für das Produktkonto 36511.5315002/7315002 genehmigt.
2. Ab dem Haushaltsjahr 2024 ff. ist die finanzielle Beteiligung an der Kindertagesbetreuung in der Kindertageseinrichtung „Mäuseland“ des Städtischen Klinikums Dessau zu sichern.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

7.21 Finanzmittelbereitstellung zur Instandsetzung und Aufwertung unbefestigter Straßenoberflächen in der Ortschaft Großkühnau
Vorlage: BV/004/2023/OR Gkühn

Herr Puttkammer, Fraktion CDU, verlässt während der Beratung des Tagesordnungspunktes die Sitzung und nimmt an der Abstimmung der Beschlussvorlage nicht teil. (37)

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, macht darauf aufmerksam, dass der Inhalt der Beschlussvorlage bereits Bestandteil des heute beschlossenen Haushaltes ist.

Frau Bürgermeisterin Lohde bestätigt, dass der Antrag im Haushalt enthalten und damit gegenstandslos ist.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, hält den Vorgang für legitim und verweist auf die interaktive Diskussion zum Umgang mit den Straßen in den Ortschaften. Derjenige, der gestaltet, vorschlägt wie es geht und Verantwortung übernimmt, soll unterstützt werden, was an dieser Stelle getan wird.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates stellt die Frage, ob die Beschlussvorlage seitens des Einreichers zurückgezogen wird, da der Inhalt bereits Bestandteil des beschlossenen Haushaltes ist.

Herr Kitzing, Ortsbürgermeister von Großkühnau, erhält das Rederecht und legt dar, dass es sich um eine Basis Braxid-Lösung von Aken handelt, die übernommen werden soll. Somit wurde die Verwaltung aufgefordert, bei einer Unterhaltungsmaßnahme Ermessensspielräume zu ziehen und eine nichtkonventionelle Befestigung der Straßen durchzuführen. Das ist eine Abweichung von der DIN, die einer Legitimation bedarf. Die Legitimation kann die Verwaltung durch die Stadträte erhalten, was das Ziel dieser Beschlussvorlage ist. Diese Mittel sollen nicht für Regenentwässerungsanlagen und für neue Straßen verwendet werden, sondern ausschließlich für Unterhaltungsmaßnahmen und auch nur dort, wo die Leute das ausdrücklich wollen.

Frau Bürgermeisterin Lohde schlägt vor, die Beschlussvorlage zurückzustellen, weil sie schon Bestandteil des Haushaltes ist und dass Ausgeführte nicht dem Beschlussvorlag entspricht. In der Beschlussvorlage geht es ausschließlich um die Bereitstellung finanzieller Mittel. Die Frage, welcher Ausbaustandard zu wählen ist, müsste gesondert im Fachausschuss beschlossen werden. Es sollte ein Antrag auf Zurückstellung gestellt werden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, stellt den **Geschäftsordnungsantrag**, die Beschlussvorlage zurückzustellen und zu qualifizieren.

Herr Fricke, Fraktion SPD, fragt, ob ernsthaft über etwas abgestimmt werden soll, was überhaupt keine Rolle mehr spielt, da es längst im Haushalt eingestellt und beschlossen ist. Bei einer Abstimmung der Beschlussvorlage würde er deshalb dagegen stimmen.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, bringt den **Geschäftsordnungsantrag zur Zurückstellung der Beschlussvorlage** zur Abstimmung. Der Antrag wird mehrheitlich **angenommen** (11:07:19).

Der öffentliche Teil der Sitzung wird beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wird durch seinen **Vorsitzenden, Herrn Rumpf**, um 20:10 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 01.02.24

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

C. Hösel
Schriftführer